

Männer- und Frauenarbeit im Kriege.

Die Berichte über den Arbeitsmarkt zeigen fortlaufend, daß das Verhältnis zwischen Männer- und Frauenarbeit sich während des Krieges zugunsten der Frauen veränderte. Auch im Januar 1916 ist nach den Anweisungen der Krankenkassen für den weiblichen Beschäftigten eine Zunahme um rund 9000 oder 0,24 Prozent zu verzeichnen gewesen, während die Zahl der männlichen Beschäftigten um 11 004 oder 0,23 Prozent abgenommen hat. Wie schnell die Entwicklung etwas, aber sie ist doch auf und für sich durch die ganze Kriegszeit zu verfolgen. Ein Überblick über den Arbeitsmarkt des Jahres 1915 ergibt, daß in diesem Jahre nach den Nachweisungen der Krankenkassen 762 951 Stellen mit Frauen und Mädchen besetzt worden sind. 1913 waren es nur 625 287 Stellen und 1914 697 600 Stellen. Der Julizustand der Frauen am Arbeitsmarke wird deutlich durch die folgende Tabelle illustriert, die die Mitglieder-Zahl und -Abnahme in den Krankenkassen anzeigt:

Zu bezw. Abnahme v. S. 1915

	männl.	weibl.
1. Januar bis 1. Februar	0,06	0,78
1. Februar bis 1. März	0,20	2,00
1. März bis 1. April	1,91	2,00
1. April bis 1. Mai	3,81	3,66
1. Mai bis 1. Juni	1,41	0,92
1. Juni bis 1. Juli	1,97	0,84
1. Juli bis 1. August	1,60	1,20
1. August bis 1. September	2,50	0,64
1. September bis 1. Oktober	1,76	0,23
1. Oktober bis 1. November	1,66	1,84
1. November bis 1. Dezember	1,58	0,64
1. Dezember bis 1. Januar	1,88	1,67

Die wachsende Bedeutung der weiblichen Arbeit läßt sich auch aus dem Anbruch an den Arbeitsmarkt erkennen. Männern 84 Arbeitsstellen entfallen, waren es bei den Frauen 188. Im ganzen Jahre 1915 haben die Kriegsgeldbesitzenden über 100 000 Stellen mehr als männliche Personen, mehrfach entfallen auf 100 offene Stellen doppelt so viel Arbeiterinnen von Frauen und Mädchen wie von Männern. Befähigt war die Entwicklung auf dem Arbeitsmarke der Angestellten. Beispielsweise ließen sich letzten Jahres des Jahres 1915 bei 26 Vereinen und Verbänden kaufmännischer Angestellter 4280 männliche und 6582 weibliche Bewerber neu eintragen.

Es ist keine Frage, daß die deutschen Frauen und Mädchen sich unter dem Zwange des Krieges ein großes Stück des Arbeitsmarktes neu erworben haben. Sie haben außerordentliches geleistet und haben eine Anstellungsfähigkeit bewiesen, die bewundernswürdig ist. Selbst auf Gebieten, die eine schwere Muskelarbeit verlangen, fand sie mit Erfolg tätig. Vieles sind die Leistungen auch lobend anerkannt worden, und man hat daraus den Schluß gezogen, daß die Stellung der Frau am deutschen Arbeitsmarke in Zukunft, d. h. nach Beendigung des Krieges, bedeutungsvoller sein wird, als vor dem Kriege. Dieser Schluß scheint uns durchaus berechtigt. Es ist eine alte Erfahrung des Arbeitsmarktes, daß einmal erzielte Erzeugnisse nicht wieder aufgegeben werden. Nicht zu erwarten, daß nach Rückkehr der Männer aus dem Felde die Frauen nicht aus den während des Krieges eingetommenen Stellen ausgeschieden werden. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß diese ausstehenden Frauen nun die Arbeit überhaupt aufgeben werden. Man muß im Gegenteil erwarten, daß sehr viele von ihnen sich nach anderen Arbeitsgelegenheiten umsehen. Das ist auch in Hinblick auf die Allgemeininteressen der Volkswirtschaft sehr erwünscht. Denn wir müssen den durch den Krieg verursachten Ausfall an männlichen Arbeitskräften irgendwie bedenken. Gemäß gibt es noch andere Möglichkeiten als den Krieg dieses Arbeitsmarktes durch Frauenarbeit. Aber die Hauptbedeutung dieser Möglichkeit kann dem Bedarf nur teilweise befriedigen. Wir bedürfen nach Friedensschluß der erweiterten Frauenarbeit, und wir wollen doch sein, daß die Frauen sich auch in schwerere Arbeitsaufgaben hineingesetzt haben. Wir bedürfen auch der selbständigen Frau, die imstande ist, des männlichen Vermögens tüchtig zu verwalten. Dazu ist eine Schulung nötig, an die man bis heute nur wenig gedacht hat, die aber außerordentlich wichtig ist.

Es ist zu hoffen, daß die Gewerkschaften sich den veränderten Verhältnissen schnell und möglichst entgegenkommend anpassen. Es liegt ja in ihrem Interesse, den Arbeitsmarkt der Frauen rasch zu reorganisieren. Vor allem ist es notwendig, daß die Arbeiterinnen in die Arbeit der Frauen sich auf der Höhe des Männerlohnes hält. Auch die Arbeit der Männerarbeit eine schwerere Lage. Auch die Arbeit der Frauen bisher grundsätzlich gegen die Frauenarbeit ausgesprochen haben, müssen vor der Wucht der Notwendigkeit ihre Abneigung ablegen.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Der türkische Heeresbericht.

WTB. Konstantinopel, 28. Februar. Das Hauptquartier teilt mit: An der Front-Yruz wurde in der Nacht zum 22. Februar ein feindlicher Versuch, überraschend gegen unsere Stellungen bei Felahie vorzudringen, leicht zurückgewiesen. Am 23. Februar veränderte der Feind, gegen unseren linken Flügel ungefähr ein Bataillon in Schlangen zu landen, wurde aber durch unser Feuer daran verhindert.

An der Kaukasus-Front kein wichtiges Ereignis. In den Darbaneln bombardierten feindliche Schiffe vom 22. bis 24. Februar zu verschiedenen Stunden und mit Zwischenpausen Teile der Küste von Anatolien und Rumelien. Es wurden jedoch durch unsere Küstenbatterien geschossen, ihr Feuer wirklos und sich zu entfernen, ohne irgend ein Ergebnis erzielt zu haben. Einer der feindlichen Zerstörer, der die Küste überlagerte, wurde von einem unserer Zerstörer angegriffen und vertrieben.

Der russische Bericht.

WTB. Petersburg, 29. Febr. Antilcher Kriegsbericht vom Montag. Westfront: Südlich von Friedriehshafen in der Nähe der Wäntung der Dünze und in der Gegend von Markt heftiges Artillerie-, Maschinengewehr- und Gegendfeuer. In Göttingen an der mittleren Strasse in der Nähe von Buzack bereiteten wir den Versuch des Gegners, sich unseren Gräben zu nähern.

Kaukasusfront: Die Verfolgung des Gegners dauert an.

Ueber die Nacht: 2. Januere aus Durazzo sagt der „...“: Ueber Hals und Kopf sind die Italiener aus Durazzo gestrichelt. Sie mühten sich die gesamte Artilleriemunition und viele Geschosse sowie riesige Lebensmittelvorräte den Siegern überlassen. Das von den Italienern angelegte Feuer, durch das die Stadt großen Schaden erlitt, wurde von den l. u. f. Truppen teilweise gelöscht.

Gefangene Franzosen.

WTB. Berlin, 29. Februar. Wie verschiedene Morgenblätter aus Gießen melden, sind im vorigen Gefangenenslager etwa 400 Gefangene aus der Schlacht von Verdun eingetroffen.

„Quelle des Königs von Preußen“ bei Verdun.

In unmittelbarer Nähe der inneren Befestigungswerte von Verdun befindet sich eine Quelle, die im Volksmund heute noch „Fontaine du roi de Prusse“ heißt. Wie ist sie zu diesem seltsamen Namen gekommen? Der Grund reicht bis ins Jahr 1792 zurück. Damals — es war Ende August — lag ein preußisch-österreichisches Heer unter dem Oberbefehl des Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig vor Verdun. Das deutsche Hauptquartier war nun bei jener Quelle, die sich von dort aus die feierlichsten Unternehmungen ent- überließen ließen. Der Kaiser und sein Hof waren im Ereignis wenigstens im Namen der Quelle gefesselt. Sie ist übrigens noch in anderer Hinsicht interessant. Aus Goethes Feldzugsbericht, der „Rampagne in Frankreich“, den er allerdings erst 28 Jahre später niederschrieb, wissen wir, daß Goethe dort während des ärgsten Kampfeswünsches seine Unternehmung über die Brückung der Döhrstühle weiter führte und sie durch interessante Beobachtungen vertiefte. Es ist dies ein schmerzliches Seitenstück zu einer anderen Seltsamkeit im Leben des großen Dichters. Wie er in seinen „Annalen“ gefehlt, sah er in „Schaupiecen“ Wolff zu, gerade an dem Tag von Goethes“ den Entschluß zu fassen. Er bekennt sich selbst als „eine Eigentümlichkeit meiner Handlungsweise“.

Ein englischer Bericht über die deutschen Sprengungen an der Ugandabahn.

Aus einem englischen Feldpostbrief vom 30. Oktober 1915 entnehmen wir folgende Schilderung über die deutschen Sprengungen an der Ugandabahn:

„Ich lag mit zwei Kompanien des zweiten rhodesischen Regiments in einem Lager an der Ugandabahn. Wir sollten am Morgen nach einem anderen Platz gebracht werden, wo wir unsere eingeborenen Rindhirten gemeldet hatten, die den Ort verlassen wollten, aber es war keine Möglichkeit für uns unteren im übrigen schon bestehende Bahn. Das war unter Glück. Wir bestellten telefonisch eine Maschine bei der nächsten Station. Sie kam auch bald und hatte beinahe den Lager erreicht, als eine juchzende Explosion stattfand und die Maschine zerstückte. Wenn die Sache gegangen wäre, wie sie ursprünglich angeordnet war, wären wir mit unserem Zug die ersten gewesen, die die Mine passiert hätten. Ich bin sehr überzeugt, wir wären alle in Stücke gerissen worden. Es ist ja glaublich, wie oft und an wie vielen Stellen es den Deutschen gelingt, Minen und Bomben an der Ugandabahn zu setzen. Es ist ein sehr gefährliches Spiel, und meistens entkommen dabei der Feind noch unbeschädigt (unharmd) in den Busch.“

Der Eisenbahnetat in der Staatsbahalt-Kommission.

Der Staatsbahnauswahlschuß des Abgeordnetenhauses beriet am Montag den

Eisenbahnetat.

Der Berichterstatter machte darauf aufmerksam, daß der Etat für 1916 wieder entsprechend den Friedensverhältnissen und ohne Berücksichtigung des Krieges aufgestellt sei, was auch als richtig bezeichnet werden müsse, da der Einfluß des Krieges auf den Betrieb sich nicht schätzen ließe. Das Jahr 1914 habe ja infolge des Kriegsausbruchs einen ganz erheblichen Ausfall gebracht, für 1915 hänge das noch nicht ganz fest, das allem, was bisher verlautete, würde das Jahr 1915 günstig abschließen. Zu einer pessimistischen Auffassung des künftigen Wirtschaftslebens bestche kein Anlaß. Das letzte Anzeichen des Güterverkehrs beweiße, daß die Grundlagen des Erwerbslebens durchaus gesunde seien und daß nach dem Kriege vorausichtlich mit einer gewaltigen wirtschaftlichen Entlastung zu rechnen sei, für die die Eisenbahnverwaltung rechtzeitig Vorarbeiten treffen müsse, vor allem durch Erlass des vollen Bedarfs Materials, das durch den Krieg naturgemäß leide. Wichtige empfindliche Punkte der Verwaltung, wie der Zustand der Lokomotiven, die nicht unbedeutend ausgebauten dürfte auch nicht zu weit gegangen werden, da der Eisenbahnbetrieb unbedingt auf seiner Höhe erhalten werden müsse.

Der Minister sieht der zukünftigen Entwicklung des Wirtschaftslebens mit Optimismus entgegen. Auch er glaubt, daß die Eisenbahnen sich unmittelbar nach dem Kriege ebenfalls einem außerordentlich starken Verkehr gewöhnen zeigen müssen. Selbstverständlich werden die dafür notwendigen Maßnahmen rechtzeitig getroffen werden, und zwar sowohl in baulicher wie in betrieblicher Beziehung. Der Lokomotiv- und Wagenpark bestände sich in erheblicher Lage. Die 1915 in Auftrag gegebenen Lokomotiven würden voraussichtlich alle rechtzeitig geliefert werden. Wenn die Wagenbauanstalten 1914 zeitweilig den Anprüchen nicht nachkommen konnten, so ist das schon in den ersten Monaten des Jahres 1915 erheblich besser geworden. Eine Vermehrung der Wagenbauanstalten empfiel sich nicht, denn wenn die jetzt vorhandenen Anlagen und Lokomotivfabriken den Anforderungen während des Krieges gerecht werden können, so gewiß erst recht im Frieden. — Ein konservativer Redner sprach gleich allen folgenden Rednern der Eisenbahnverwaltung, ihren Beamten und Arbeitern die höchste Anerkennung aus. Sparmaßstäbe könne vielfach an den Empfangsgebäuden geübt werden, die zum Teil zu üppig ausgestattet seien.

Zur Frage der Ueberführung der einzelstaatlichen Eisenbahnen in Reichseisenbahnen.

erklärte dieser Redner, daß Preußen seine Eisenbahnen selbst in der Hand behalten müsse. Es gelänge schon jetzt alles, was für die Vereinheitlichung des Eisenbahnverkehrs notwendig sei, das müsse auch in Zukunft gelingen, dazu, genügen aber die Eisenbahnkontingente, während die Ueberführung der Bahnen in das Eigentum des Reichs die preussischen Finanzen in ernste Mitleidenschaft ziehen würde. — Der Minister führte dann aus, daß das Finanzabkommen

über den Ausgleichsfonds vorläufig verzögert werden müsse Ueber den

Frachttarifenempfehlungen

molle er sich vorläufig nicht weiter äußern, von einer Schädigung des Verkehrs durch ihn könne wohl kaum die Rede sein. Daß der Ueberfrucht stark zurückgegangen sei, liegt an den großen Ausgabeneinerung. Sparmaßstäbe solle gewahrt werden, aber es müßte alles der Zeit entsprechende gelassen. — Ein Zentrumredner hob besonders hervor, daß die Eisenbahnen trotz der großen Teuerung noch erheblich Mittel für Wohltätigkeitswerke zur Verfügung gestellt haben. Die Bemerkung des konservativen Redners betreffend die Empfangsgebäude konnte er sich nicht ganz zu eigen machen. Der Optimismus sei für die ersten Jahre nach dem Kriege wohl gerechtfertigt, es bestände aber die Möglichkeit, daß nach Befriedigung der ersten Bedürfnisse noch einigen Jahren eine neue Zeit eintrete. — Ein nationalliberaler Redner riefte, daß der Stand der Dinge der preussischen Eisenbahnen die Uebertragung der Eisenbahnen auf das Reich jetzt nicht diskutierbar sei. Sparmaßstäbe sei eine zweifelhafte Sache und habe nicht immer den gewünschten Erfolg. Gerade bei den Empfangsgebäuden lasse die innere Ausgestaltung vielfach zu wünschen übrig, so z. B. die Toilettenverhältnisse in Frankfurt a. M. Ein sozialistischer Redner sprach sich auch gegen Reichseisenbahnen aus, und das nicht nur aus finanziellen Gründen. Es bestände gar kein Grund, eine bewährte Einrichtung, wie die preussisch-berliner Eisenbahngemeinschaft, zu ändern. Ein fortschrittlicher Redner stimmte der Uebertragung des Finanzabkommens zu. Die erwähnten Verhältnisse im Bahnhof Frankfurt a. M. seien nicht schlechter als an vielen anderen Orten, sie erforderten überall eine Verbesserung. Bei aller notwendigen Sparmaßstäbe müsse doch geschmackvoll und schön gebaut werden. Der Zukunft sieht dieser Redner durchaus nicht pessimistisch entgegen, unser ganzes Wirtschaftsleben werde nach dem Kriege einen starken Impetus bekommen. Hoffentlich werde der Stadt- und Staatsbankrott erträglich sein, eine gewisse wirtschaftliche Besserung sei natürlich unumgänglich. Unsere Verkehrsverhältnisse nach dem Kriege werden gemäß wachsen, besonders durch die Erziehung des Diensts. Vielleicht sei ein Verleibesbündnis mit Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei

nach wichtiger als ein Zollbündnis. Es sollten endlich Schafungen auch für die dritte Wagenklasse eingeführt werden. Nach diesem Kriege werden sich die Vergütungs- und Entlohnungsfragen wohl mehr nach dem Osten und Südwesten wenden und weniger nach gewissen Gegenden des Südens und Südwestens. Zweifellos sei die einheitliche Leitung der ganzen Verkehrsverhältnisse ein verzerrter Gedanke, denn allerdings die finanziellen Schwierigkeiten im Wege stehen. — Ein anderer nationalliberaler Abgeordneter sprach gegen Vermehrung der Wagenfabriken. Nur billige Tarife würden den kommenden großen Verkehrsleistungen entgegen, ohne die Eisenbahnen allgütig zu beschleunigen. Die Eisenbahnverwaltung solle ihre Hand in die Industrie legen. Der Minister erwiderte, daß eine Verbilligung der Tarife angesichts der großen Betriebskosten und der gesteigerten Bedürfnisse des Staates nicht in Aussicht gestellt werden könne. Mit den österreichischen und ungarischen Eisenbahnministern haben bereits Verhandlungen stattgefunden. Die Bedeutung des Gebanens der Reichseisenbahnen unterschätzt der Minister keineswegs, aber es sprächen doch eine ganze Reihe von finanziellen und verkehrswirtschaftlichen Momenten dagegen. Schon jetzt erfahren die Tariffragen eine günstige Entwicklung, nicht so grünlich, sondern durch die Uebertragung der Landesbahnverwaltungen. Ein weiterer verkehrswirtschaftlicher Gesichtspunkt ist die schwerere Frage der Reichseisenbahnen vom Minister nicht unberührt gelassen. Die Uebertragung der Eisenbahnen ist sehr viel für die Vereinheitlichung des ganzen Verkehrs geschieden. Ob aber alle Bundesstaaten mit dem jetzigen Zustande zufrieden seien, könne nicht so ohne weiteres behauptet werden, und es seien auch immer noch ungelöste Fragen in bezug auf die Vereinheitlichung des innerdeutschen Verkehrs übrig. Besonders der Blick in die Zukunft lasse die Aufgabe einheitlicher Führung der Verkehrsverhältnisse hervortreten. Bei dem ungeheuren Bedarf des Reiches würden auch die Eisenbahnen bluten müssen und die Uebertragung der Tarife werde ein frommer Wunsch bleiben. Die fortschrittliche Seite wurde es freudig begrüßt, daß bereits

Arbeiterverhältnisse

eingetrickelt würden, um die kriegsbedingtesten Angelegenheiten wieder in die Betriebe zurückzuführen. Die weitere Ausdehnung dieser Kurze wurde von einem Regierungsvorredner zugelegt.

Eine längere Debatte verurteilte die neue Arbeiterdienstordnung.

welche für die Arbeiter der Staatsbahnverwaltung am 1. Januar 1916 in Kraft getreten ist. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter bemängelte, daß die Mitglieder derjenigen Gewerkschaften, welche in ihren Satzungen das Streikrecht vernehten, durch die neue Stellung von den Staatsbetrieben ausgeschlossen blieben. Der Minister legte die Entstehung dieser neuen Arbeiterdienstordnung dar und stellte ausdrücklich das Einverständnis sämtlicher deutschen Eisenbahnverwaltungen in dieser Frage fest. Es werde danach die Teilnahme nur noch an ordnungsgemäßen Bestrebungen und Vereinen, nicht aber an sozialdemokratischen Organisationen verboten. Von fortschrittlicher Seite wurde die Niederlegung dieser Sätze als ein Zugeständnis begrüßt, das infolge der anerkanntermaßen nationalen Gerechtigkeit notwendig geworden sei. Das Konstitutionsrecht sei unantastbar und als einziges Mittel dürfe im Arbeitskämpfe auch die Arbeitsniederlegung gelten. Für die Arbeiter im Verkehrsdienst freilich könne ein solches Recht nicht zustanden werden, um der Folgen willen, die im Frieden und noch mehr im Kriege daraus erwachsen könnten. Hier müßten andere Mittel und andere Formen zur Wahrnehmung berechtigter Arbeiterinteressen gefunden werden, so namentlich der Ausbau des Staatsarbeiterschutzes, insbesondere die Schaffung von Verhandlungsstellen, welche die Beschwerden und Zweifeln die Vermittlung zu übernehmen hätten. Die Gewerkschaften sollten hier Entgegenkommen zeigen, indem sie für die hier beteiligten Gruppen der Arbeiter ihre Satzungen ändern und im Falle von Differenzen auf friedliche Handlungen verweisen. Mehrere andere Redner verschiedener Parteien sahen die neue Dienstordnung ebenfalls auf, nur der konservativer Redner äußerte Bedenken, ob die Regierung mit der Streichung der auf die

Zucker-Kombi: jetzt besser, aber besonders die...
der bewährte Handelsreisende...
Schürzen...
von... (Die ganze Zeit...)

Sozialdemokratische Bewegung stellt in der Dienstordnung...
 Der ordentliche und außerordentliche Etat sowie das
 Eisenbahnanleihegesetz wurden am Schluss der vollständigen
 Sitzung genehmigt, einige Petitionen betreffend Teuerungss-
 lagen dem bereits für diese Frage eingeleiteten Untersau-
 schuss überwiefen.

Deutsches Reich.

Das Schatzungsamt-Gesetz in der Kommission.

Die Abgeordnetenhauskommission für das Schatzungs-
 amtsgesetz legte am Montag die allgemeine Begehrung fort.
 Sie drehte sich hauptsächlich darum, ob Richtlinien
 (Schatzungsgrundzüge) in das Gesetz aufgenommen seien. Die
 Vertreter der Staatsregierung erklärten, daß sie einen Vor-
 schlag nicht machen könnten, daß sie aber bereit seien, in
 einer Kommission mitzuarbeiten, um solche Grundzüge zu
 finden. Von verschiedenen Seiten wurde dabei darauf hin-
 gewiesen, daß solche Grundzüge in der allgemeinen Gerichts-
 ordnung und an anderen Stellen vorhanden seien und daß
 deshalb wohl ausführlich ersichene, solche allgemeinen
 Grundzüge zu finden. Jedoch wurde betont, daß die Schaffung
 solcher allgemeinen Grundzüge abhängig von der

Zweckbestimmung des Gesetzes.

Es sei die Frage, ob das Gesetz nur für Befestigungs ge-
 oder ob auch für andere Zwecke, insbesondere für Steuer-
 zwecke. Es herrsche hinsichtlich Einigkeit darüber, daß, wenn
 gleich der Antrag auf Einleitung eines Untersuchungsausschusses
 zurückgehen könne, dieser Untersuchung doch erst in Tätigkeit
 treten könne, nachdem über die Zweckbestimmung des Gesetzes
 durch die weitere Debatte Klarheit geschaffen sei. — Die Be-
 ratung wird Dienstag bei 8 3 fortgesetzt, die Einleitung eines
 Untersuchungsausschusses wurde beschlossen.

Der Riß in der Bremer Sozialdemokratie.

Bremen, 25. Februar.
 Wie feinerzeit berichtet, haben sich die Anhänger der
 Politik des 4. August innerhalb der bremsischen Sozial-
 demokratie in der Wochenchrift „Bremsische Korrespondenz“
 ein eigenes Organ geschaffen, das in ihrem Gegenstand zu
 der ultraradikalen „Bremer Bürgerzeitung“ des Reichstags-
 abgeordneten Senke die Politik der Fraktionsmehrheit ver-
 tritt. Die „Bremsische Korrespondenz“, die von Gewerks-
 chaftigen und Parteimitgliedern herausgegeben wird, wurde zu-
 nächst in derselben Druckerei hergestellt, in der auch die
 „Bremer Bürgerzeitung“ gedruckt wird. Sofort nach dem
 Erscheinen der „Bremsischen Korrespondenz“ rief der Parteivor-
 stand eine außerordentliche Generalversammlung des
 sozialdemokratischen Vereins ein, in der dem Parteigeschäft
 nachbetrachtet wurde, fernerhin die „Korrespondenz“ zu drucken.
 Durch diese Maßnahme wurde jedoch das Erscheinen der
 „Korrespondenz“ nicht verhindert, die nun in einer anderen
 Druckerei hergestellt wurde. Zwischen der „Bürgerzeitung“
 und der „Bremsischen Korrespondenz“ entspann sich in der
 Folge ein sehr scharfer Kampf. Die „Bremsische Korrespondenz“
 führte es auf die Faltung der „Bürgerzeitung“ zurück,
 daß die Zahl der sozialdemokratischen Leser von 22 000 auf
 3000 zurückgegangen ist und wozu weiter der Redaktion der
 „Bürgerzeitung“ vor, daß sie, trotzdem sie drei politische Pla-
 katzeure habe und für die Mitarbeit am politischen Teil
 außerordentlich hohe Summen bezahlt habe, während die
 Redaktion höchstens sechs Leitartikel im Jahre selbst ver-
 reichte, vollständig verlagte habe. Die „Bürgerzeitung“
 wiederum suchte diese Angriffe durch heftige Vorwürfe gegen
 die Bureaukratie der Gewerkschafts- und Parteimitglieder
 abzumehren.

Neben diesem Kampf in der Presse stehen die Verhand-
 lungen in der Generalversammlung des sozialdemokratischen
 Vereins weiter, der an nicht weniger als sechs Abenden
 über die „Bremsische Korrespondenz“ verhandelte. Den
 Schluss der Diskussion bildete eine Rede des Reichstags-
 abgeordneten Senke, der die radikale Richtung für die allein
 mögliche in Bremen hält und sich als den Todfeind der
 bürgerlichen Gesellschaft bekannte. Die Generalversammlung
 trat in ihrer Mehrheit dem Standpunkte des Abg. Senke bei.
 Es wurde ein Beschluß angenommen, wonach als Parteimitglied

der bremsischen Sozialdemokratie allein die „Bremer Bürger-
 zeitung“ gilt. Falls allerdings die „Bremsische Korrespondenz“
 ihr Erscheinen einstellen sollte, sei man bereit in einer
 wöchentlich erscheinenden Sonderbeilage der „Bürgerzeitung“
 Artikel und Vorkommnisse im Sinne der Mehrheitspolitik
 wiederzugeben, aber nur mit einer Kritik der Redaktion
 der radikalen „Bürgerzeitung“. Ein weiterer Beschluß for-
 derte die Fortsetzung der linksradikalen Haltung der „Bremer
 Bürgerzeitung“ unter dem Gesichtspunkt der Massenaktion.
 Gegen eine Anzahl Gemeindeführer und Parteimitglieder wur-
 den von der Generalversammlung Nachregelungen verhängt.
 Vor der Abstimmung über diese Urträge hatten die Heraus-
 geber der „Bremsischen Korrespondenz“ eine Erklärung ver-
 lesen, worin sie feststellten, daß die bremsische Sozialdemo-
 kratie, soweit sie durch Senke und die „Bürgerzeitung“ ver-
 treten sei, die Landesvertretung ablehnten. Unter diesen
 Umständen sei es ihnen nicht möglich, auf eine ausdrückliche
 Bestätigung des gegenständlichen Standpunktes zu verzichten,
 d. h. sie sind entschlossen, die „Bremsische Korrespondenz“
 auch weiter herauszugeben. Die Erklärung charakterisiert die
 Schlussrede des Reichstagsabgeordneten Senke in der Gene-
 ralversammlung als eine Rede, die an politischer Höhezeit
 nichts zu wünschen übrig lasse.

Reiche Vermächtnisse. Der in München verstorbene hape-
 rische Reichsrat Geh. Justizrat v. Feuer hat für Wohltätig-
 keitszwecke große Vermächtnisse hinterlassen, darunter 100 000
 Mark für die Unterstützungslasse der bayerischen Anwälte.

Ausland.

Die Obersten-Affäre in der Schweiz.

WTB. Zürich, 25. Februar. In dem Prozeß gegen die
 beiden Obersten gab zuerst Oberst Emil Auschnitt über die
 Organisation und Bedeutung des Nachrichtendienstes für die
 Schweiz. Die Abwehrmaßregeln gegen auswärtige Spionage
 in der Schweiz standen unter seiner Leitung. Die Nachrichten-
 section arbeitet selbstständig, und der Generalstabschef erhält
 nur die Ergebnisse ihrer Arbeit. Die Militärattachés ver-
 kehren nur mit dem Unteroffizier des Generalstabes und dem
 Chef des Nachrichtendienstes. Der Angehörige pflegte auch
 persönlichen kameradschaftlichen Verkehr mit den Offizieren
 einer Gruppe der Kriegsfreunden, einem privaten Brief-
 wechsel mit ihnen unterließ er nicht; Fragen über Dinge
 vertraulichen Charakters wurden von den Attachés niemals
 gestellt. Der Schweizer Nachrichtendienst war bei Ausbruch
 des Krieges gar nicht organisiert; um etwas zu erfahren,
 mußte man sich an diejenigen wenden, die etwas wußten,
 und das waren die Attachés der Zentralmächte. Als Gegen-
 leistung für ihre Mitteilungen erhielten sie das Bulletin
 des Generalstabes, das aber keine wichtigeren Dinge ent-
 hielt. Diese Mitteilungen waren wohl als geheim bezeichnet,
 aber dies galt nicht für die verantwortlichen Offiziere des
 Nachrichtendienstes. Die Attachés der Entente erhielten das
 Bulletin nicht, weil der Schweizer Generalstab von ihnen
 auch keine Nachrichten bekam. Der Generalstabschef Sprecher
 von Bernegg wußte nichts von der Liebermittlung des Bulle-
 tins an die Militärattachés. Der Angeklagte hatte wegen
 der Neutralität niemals Bedenken, diese Nachrichten aus-
 zutauschen. Der ganze Nachrichtendienst sei ja eigentlich
 neutralitätswidrig; das unbedingte Bedürfnis, Nachrichten
 zu erhalten, habe den betreffenden Organen des General-
 stabes eine freiere Stellung gegeben.

Letzte Depeschen.

Die Kämpfe um Verdun.

WTB. Paris, 29. Februar. Amtlicher Kriegsbericht von
 gestern nachmittag: In Belgien beschossen unsere Batterien
 die deutschen Einrichtungen gegenüber Eemantzerte. In
 der Champagne gelang es dem Feinde, in der Gegend der
 Farm Hovarin nördlich Souain durch einen Handstreich in
 einige Teile unserer vordringenden Linien und des Unter-
 stützungsgrabens einzudringen. In der Gegend nördlich
 Verdun dauerte die heftige Beschließung, besonders in dem
 mittleren Abschnitt und dem rechten Abschnitt gegen Norden

an. Auf der Côte Potore wurde kein neuer Angriffswach-
 gemacht. Gestern aber versuchten die Deutschen wiederum
 mehrmals, uns das Dorf Douaumont zu entreißen; ihre An-
 strengungen dröhen am Wiederande unserer Truppen, die
 auch durch die wütendsten Angriffe nicht zum Wanken ge-
 bracht wurden. In dem Fort Douaumont, das eng um-
 schlossen blieb, ist die Lage unabweisbar. Auf dem Gelände
 im Norden des Dorfes Raucy ist der Kampf weniger heftig.
 Im Moore nahm der Feind gestern abend und im Laufe des
 Nachts eine lebhafte Haltung ein. Die Eisenbahnstation
 Ciz wurde durch Angriff und Gegenangriff der beiden Ge-
 ner genommen und wieder genommen. Alle Angriffe
 gegen Höhe 255 südlich von Ciz waren nicht imstande, uns
 davon zu vertreiben. Ein weiter südlich angelegter deut-
 scher Angriff gegen Manheules scheiterte vollständig. Unsere
 Artillerie erwiderte energisch auf die feindliche Beschließung
 an der ganzen Front. In den Regelen beschossen wir mehrere
 feindliche Quartiere in Gegend von Ban de Sapt.

Amtlicher Kriegsbericht von gestern abend:
 In den Argonnen richteten unsere schweren und Feld-
 batterien ihr Feuer auf die Zugangsstraßen des Feindes,
 besonders in der Gegend des Gehölzes von Cheppy. Am
 Morgen sprengten wir bei Hügel 285 eine Mine in die Luft
 und besetzten den Trichter. In der Gegend nördlich Verdun
 ist die Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien noch immer
 sehr lebhaft außer im Abschnitt westlich der Maas, wo ein
 gewisses Nachlassen der feindlichen Beschließung gemeldet
 wird. Die Deutschen versuchten im Laufe des Tages mehrere
 Teilangriffe, die durch unser Feuer und unsere Gegenan-
 griffe zurückgewiesen wurden. Besonders wichtig des Forts
 Douaumont lieferten unsere Truppen einen Kampf Mann
 gegen Mann. Der Gegner wurde auf einen kleinen Reboite
 vertrieben, in der er sich eingerichtet hatte. Im Moore sind
 zwei Angriffe auf Fresnes vollständig gescheitert. In der
 Richtung von Neillon, Domerey und Badonviller.
 Befehliger Bericht: Auf der ganzen belgischen Front
 gegenseitige Beschließung von geringer Heftigkeit.

Ein Armeebefehl Joffres.

WTB. Berlin, 29. Februar. Unter den in den letzten
 Tagen erbeuteten Papieren befindet sich folgender Befehl:
 Großes Hauptquartier. Generalstab IV. Nr. 18 650.
 Gehen! 31. Januar 1916.
 (Anweisung für die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen.)
 Mehrfach hat der Feind in der letzten Zeit an ver-
 schiedenen Stellen unserer Front keine örtliche Angriffe ge-
 macht. Jedoch hat er Erfolg gehabt und ihn des
 haupt. Dieser Zustand kann nicht fort dauern,
 ohne die Stellung unserer Truppen zu gefährden. Ich
 kann nicht zulassen, daß die Zeitpausen des Abwartens, die
 wir durchmachen, zu Tatenlosigkeit führt. Die Führung aller
 Dienstgrade muß sich darauf einrichten, den deutschen Untere-
 nehmungen zuvorzukommen und sie zurückzuweisen. Das
 wird sich, ohne die Infanterie allzu großen Verlusten aus-
 zusetzen, dadurch erreichen lassen, daß jedesmal die gesamte
 zur Verfügung stehende Artillerie (schwere Artillerie,
 Feldartillerie und Grabenartillerie) unverzüglich zur
 Wirkung gebracht wird unter einem Einfluß
 von Munition nach Ermessen. Auf diese Weise wird der Gegner
 angegriffen gelassen können, indem er entweder sofort einsteht
 oder dem Feinde keine Zeit läßt, sich einzurichten, oder sobald
 als möglich, aber dann nach einer gründlichen Artillerie-
 vorbereitung. Die Anweisung vom 20. Januar 1915 gilt
 hierzu alle notwendigen Fingerzeige. ges. Joffre.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Döds;
 für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel,
 Eisen, Brinnmann, Beulitzers, Vermittler und. S. B.;
 Siegfried Döds, für Unterhaltungsartikel und Letzte Nach-
 richten: Hans Katanek; für den Anzeigenteil: Albert
 Barth. Druck und Verlag von Otto Hensdel. Sämtlich
 in Halle a. S.

Wer über das geschlich zulässige Maß
 hinaus Hafer, Meughorn, Mischfrucht, wo-
 rin sich Hafer befindet, oder Gerste ver-
 füttert, verhängt sich am Vaterlande!

Auserwählte und tonangebende Schöpfungen der Frühjahrs-Mode

sind in jeder Geschmacksrichtung und Preislage am Lager und werden täglich durch weitere Eingänge ergänzt.

Frühjahrs-Kleiderstoffe

Seidenstoffe, Samte, Besätze und Knöpfe.

Frühjahrs-Damen- und Kinder-Bekleidung
 Jackenkleider, Kleiderröcke, Strassen- und Gesellschaftskleider, Mäntel, Paletots, Blusen.

Frühjahrs-Damen- und Kinder-Hüte
 Original-Modelle erster deutscher und Wiener Häuser.

Kinder-Mützen, Seidenbänder, Putzputzen, Blusen-Kragen, Blusen-Westen, Blusen-Passen.

Geschäftshaus

J. LEWIN

Halle a. d. S.
 Marktplatz 2 u. 3

Neu aufgenommen:
 Die beliebten
Willstein-Schnittmuster
 Alleinverkauf für Halle.

